



HANDLUNGSFÄHIGER STAAT, STARKE DEMOKRATIE

Für einen starken öffentlichen Dienst
und soziale Sicherheit



Wir stehen für lebenswerte Kommunen, für eine starke Industrie mit sicheren Arbeitsplätzen.
Wir stehen für Demokratie und Zusammenhalt. Mit unserer ganzen Kraft stellen wir uns entschlossen gegen Menschenfeindlichkeit und Rechtsextremismus.

Wir sind der DGB Baden-Württemberg.

Auf der 23. Ordentlichen Bezirkskonferenz im Januar 2026 haben wir gemeinsam die Weichen für ein gerechtes Baden-Württemberg gestellt. Die 100 Delegierten aus den 8 Gewerkschaften haben intensiv miteinander diskutiert und sich auf gemeinsame Positionen verständigt.

Dies zeigt: Gewerkschafterinnen und Gewerkschaften stehen zusammen.
Gerade in Zeiten wie diesen lassen wir uns nicht spalten.

Hier dokumentieren wir den von der DGB Konferenz beschlossenen Antrag:

Für einen starken öffentlichen Dienst und soziale Sicherheit

*Für ein gerechtes Baden-Württemberg.
Das ist unser gemeinsamer Auftrag.
Solidarität gibt uns Kraft.*

Kai Burmeister
Vorsitzender DGB Baden-Württemberg

Maren Diebel-Ebers
Stellvertretende Vorsitzende DGB Baden-Württemberg

Ohne einen guten öffentlichen Dienst funktioniert unser Leben nicht: Kinder und ihre Eltern brauchen gute Kitas und gute Schulen, Kranke und Pflegebedürftige gute Pflege. Wir brauchen eine gute Verwaltung, angefangen von der Verlängerung des Personalausweises bis zum Bauantrag, der ohne Bearbeitung zum Bremsklotz für mehr Wohnraum wird. Beschäftigte im öffentlichen Dienst sorgen für eine intakte Infrastruktur, wie beispielsweise Parks und Grünflächen, ohne sie öffnet kein Schwimmbad und kein städtisches Museum oder Theater. Und ohne die Polizei keine Sicherheit.

Der öffentliche Dienst ist am Kipppunkt

Der öffentliche Dienst in Deutschland steht unter massivem Druck. Personelle Unterbesetzung und der Investitionsstau haben tiefe Spuren hinterlassen. Die Folgen sind für die Bürgerinnen und Bürger täglich spürbar: überlastete Verwaltungen, Unterrichtsausfall, fehlende Kitaplätze, Pflegenotstand, lange Wartezeiten in sozialen Diensten und ein dramatischer Fachkräftemangel in nahezu allen Bereichen der öffentlichen Daseinsvorsorge.

Gleichzeitig erleben wir eine politische Debatte, die an die Ära des Thatcherismus in den 80er Jahren des letzten Jahrhunderts erinnert: Ein Rückzug des Staates aus seiner Verantwortung für das Gemeinwohl. Wenn die zusätzlichen Zinslasten für die Investitionen in Infrastruktur und Rüstung ab 2027 vollständig aus den Haushalten bedient werden müssen, droht ein dramatischer Abbau staatlicher Leistungen und damit des Sozialstaates, wie wir ihn kennen. Spätestens seit Bundeskanzler Friedrich Merz dies im Sommer 2025 wörtlich angekündigt hat und es beim Bürgergeld bereits umgesetzt wird, sind wir als DGB-Gewerkschaften gefordert, für die Verteidigung des Sozialstaates all-in zu gehen. Bereits jetzt lässt sich in etlichen Kommunen im Land beobachten, was künftig alles auf der Kippe steht. Eine erhebliche Ausdünnung des ÖPNVs, eine Reduzierung von Kita-Öffnungszeiten sowie insbesondere Einschnitte bei weiteren Aufgaben der Kommunen, die das Leben vor Ort lebenswert machen. Keine Schwimmbäder und Schwimmkurse mehr, keine Förderung des Vereinslebens und vieles mehr. Diese Entwicklung gefährdet nicht nur die soziale Infrastruktur, sondern auch das Vertrauen in die Demokratie. Wenn der Staat nicht mehr funktioniert, wenden sich die Menschen ab – ein gefährlicher Nährboden für Rechtsextremismus und Demokratieverdross.

Öffentliche Daseinsvorsorge ist kein Kostenfaktor – sie ist das Rückgrat der Gesellschaft

Wir Gewerkschaften stellen uns dieser Entwicklung entschieden entgegen. Wir fordern eine politische Kehrtwende hin zu einem handlungsfähigen und attraktiven Staat mit einem gut ausgestatteten öffentlichen Dienst. Denn: Gute Arbeit im öffentlichen Dienst ist die Voraussetzung für soziale Gerechtigkeit, gesellschaftlichen Zusammenhalt und demokratische Teilhabe.

Unsere Forderungen an die Politik

Verbindliche Maßnahmen gegen den Fachkräftemangel, u. a. durch bessere Ausbildungsbedingungen, Übernahmegarantien und gezielte Qualifizierungsprogramme.

Mehr Personal statt Überlastung: verbindliche Personalschlüssel in Bildung, Pflege, Polizei und Verwaltung. Unbesetzte Stellen dürfen nicht länger zu Lasten der Beschäftigten gehen. Wer dauerhaft Stellen nicht besetzt oder besetzen kann, muss Aufgaben reduzieren.

Stärkung der Mitbestimmung und Ausbau der Tarifbindung im öffentlichen und gemeinwohlorientierten Sektor.

Die in der Landesverfassung und der Landeshaushaltsordnung verankerte Schuldenbremse wird in ihrer bisherigen Form abgeschafft. Die Finanzierung des Staates muss so ausgestaltet werden, dass öffentliche Zukunftsinvestitionen dauerhaft ermöglicht werden.

Das Land Baden-Württemberg verbessert die finanzielle Grund-Ausstattung der Kommunen. Fördermittel des Landes können unbefristet und unbürokratisch beantragt werden.

Einführung von Arbeitszeiterfassung in Schulen und Hochschulen, Arbeitszeitkonten, mobilen Arbeitsplätzen mit KI-Unterstützung und Angleichung der Wochenarbeitszeit von Beamt*innen in Baden-Württemberg an die der Tarifbeschäftigten. Darüber hinaus muss für die tarifbeschäftigten Lehrkräften die Arbeitszeit auf 39,5h reduziert werden.

Anspruch auf inhalts- und wirkungsgleiche Übertragung zukünftiger Tarifiergebnisse auf Beamt*innen.

Erarbeitung einer Digitalstrategie des Landes Baden-Württembergs, die Orientierung an Adressat*innen zur Normalität erklärt und nicht Fehlersuche und Kontrolle.

Verbesserung des Schutzes von Beschäftigten vor Gewalt und Anfeindungen durch Schulungen, technische Sicherheitsmaßnahmen und konsequente Strafverfolgung.

Förderung von Vielfalt und Chancengleichheit im öffentlichen Dienst, insbesondere für junge Menschen und Menschen mit Migrationshintergrund.

Unser Auftrag an den DGB:

Der Kampf für den Erhalt des Sozialstaates, wie wir ihn kennen, wird zu einer zentralen Aufgabe der nächsten Jahre. Wir fordern den DGB Baden-Württemberg auf, sich klar und öffentlich gegen den Rückbau des Sozialstaates zu positionieren und gemeinsam mit seinen Mitgliedsgewerkschaften für einen starken öffentlichen Dienst zu kämpfen. Der DGB muss die Bedeutung öffentlicher Daseinsvorsorge für Demokratie, soziale Gerechtigkeit und wirtschaftliche Stabilität in den Fokus nehmen.

Deutscher
Gewerkschaftsbund
Baden-Württemberg

DGB



BWGERECHT